



Editorial

In Europa erhöht sich erneut der Fusionsdruck, zuletzt auch wieder im Energiesektor: Die deutsche EON will die spanische ENDESA übernehmen, die italienische ENEL hat ein Übernahmeangebot für die französische SUEZ abgegeben. In beiden Fällen aber haben die Regierungen der betroffenen Länder interveniert – mit Hinweis auf ihre Präferenz nationaler gegenüber europäischer Lösungen. Zeichnet sich hier ökonomischer Nationalismus ab?

Nationale Energieversorger in Europa müssen bisher kaum Wettbewerb um Kunden fürchten: Viele beherrschen als Monopolisten ihre nationalen oder regionalen Märkte, ohne durch grenzüberschreitende Konkurrenten bedrängt zu werden. Die jüngsten Interventionen gegen pan-europäische Fusionen zeigen, daß einige Länder die Strategie verfolgen, sogenannte „nationale Champions“ als Gegenmacht zu ausländischen Branchenriesen, wie sie sich bereits heute in Ländern wie beispielsweise China in Stellung bringen, aufzubauen. Aus entwicklungsökonomischen Erfahrungen ist jedoch abzuleiten, daß diese Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sicher in ein wettbewerbliches Konzept eingebettet ist (siehe die „Japan-AG“ und die asiatischen Schwellenländer in der Nachkriegszeit). Eine weitere Besonderheit europäischer Elektrizitätsmärkte liegt in der Importabhängigkeit bei Rohstoffen. Gazprom, als mächtiger Nationalmonopolist des Gaslieferanten Rußland, kann den einzelnen europäischen Gasabnehmern die Vertragskonditionen weitgehend diktieren – und wie im Januar demonstriert – auch politisch motiviert kompromittieren. Daß Rußland in den Energieverhandlungen mit China keinen entsprechenden Ausbau der Energiegewinnung vorsieht, stimmt auch nachdenklich.

Solange die europäischen Elektrizitätsmärkte durch mangelnden Wettbewerb zwischen Versorgern und Dominanz sowie Versorgungsunsicherheit bei Rohstofflieferanten charakterisiert sind, besteht politischer Handlungsbedarf. Dieser ist jedoch nur überregional zu organisieren. Der Vorschlag der EU Kommission setzt richtigerweise bei diesen Bedingungen an: Er propagiert eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Versorgern, insbesondere mittels Integration der Netze, und diskutiert Möglichkeiten, wie europäische Versorger ihre Verhandlungsmacht gegenüber internationalen Lieferanten bündeln können. Pan-europäische Fusionen können zu beiden Zielen einen Beitrag leisten. Sie erhöhen jedoch auch das Risiko, daß sich erneut, jetzt pan-europäisch, monopolistische Strukturen herausbilden. Der europäischen Wettbewerbspolitik gereicht es dann zur Aufgabe, den neuentstehenden Wettbewerb zu sichern.

*Johannes Stephan,
Leiter der Abteilung Industrie- und Regulierungsökonomik*